

### Von der Zivilgesellschaft in Europa zur europäischen Zivilgesellschaft

#### I.

Am 25. März 2017 hat die 7. Dekade der Europäischen Union begonnen. Sie beginnt sehr viel hoffnungsvoller als die letzte endete. Zwischen 2007 und 2016 schien es ja fast schon so, als würde Europa sterben – nicht das mythische, kulturelle Europa, aber doch das konkrete europäische Projekt, das sich beispielsweise in der Europäischen Union manifestiert. Finanzkrise, Griechenlandkrise und Flüchtlingskrise sorgten dafür, daß immer weniger Bürgerinnen und Bürger an dieses Projekt glaubten. Bewegungen, die es unbedingt verhindern wollten, bekamen in Frankreich, den Niederlanden, Italien, Deutschland und anderswo immer mehr Zulauf, und selbst, wer im Kopf um die Vorteile eines geeinten Europa wußte, verlor schon im Herzen den Mut, dafür zu kämpfen. Diejenigen, die innerhalb und außerhalb der Union ein eigenes Interesse an der Schwächung Europas hatten, wußten dagegen, sich dies zunutze zu machen. In allererster Linie richteten sie ihre Aufmerksamkeit auf Großbritannien, wo es seit langem eine latente Euroskepsis gab. Sie glaubten, dem europäischen Einigungsprozeß einen entscheidenden Schlag versetzen zu können, indem sie das Vereinigte Königreich herausbrechen; sie feuerten daher mit erheblichen Mitteln die Brexit-Kampagne an. Zum Schaden der Briten war diese zwar – jedenfalls zunächst – erfolgreich, aber die erhoffte Wirkung trat nicht ein. Im Gegenteil, die verbleibenden 27 Mitglieder der Europäischen Union rücken näher zusammen. Weitere äußere Kräfte, symbolisiert durch Persönlichkeiten wie Donald Trump, Wladimir Putin und wohl auch Recep Tayyip Erdogan, halfen mit, Europa wieder zusammenzuführen; und wenn auch die populistischen Fliehkräfte nach wie vor nicht unterschätzt werden dürfen, geht doch zumindest die Europäische Union geeinter und zuversichtlicher in die neue Dekade, als man sich dies noch vor einem Jahr hätte vorstellen können.

Freilich ist dies nur ein Etappensieg. Und so wenig die britische Regierung vor dem Referendum im Juni 2016 im einzelnen analysiert hatte, welche Konsequenzen der Austritt aus der Europäischen Union einerseits, der Verbleib in ihr andererseits haben würden und entsprechende konzeptionellen Vorstellungen entwickelt hatte, so wenig haben die europäischen Eliten bisher irgendwelche konzeptionellen Modelle dafür entwickelt, wie das integrierte oder vereinigte Europa als gesamthafter Ordnungsrahmen aussehen könnte. In der öffentlichen Diskussion werden von Charles de Gaulles ‚Europa der Vaterländer‘ bis zu den ‚Vereinigten Staaten von Europa‘ nach 240 Jahre altem amerikanischem Muster traditionelle Konzepte schlagwortartig und unwidersprochen in den Raum gestellt; anders

als in den USA vor 1776 oder in Frankreich vor 1789 mangelt es aber an weitblickenden Überlegungen, wie eine künftige Ordnung aussehen sollte.

## II.

Daß sich die heutige europäische Vertragsordnung linear und unter Beibehaltung aller Souveränitätsrechte der derzeitigen Mitgliedsstaaten zu einem europäischen Staatswesen nationalstaatlicher Prägung weiter entwickeln könnte, ist allerdings nicht zu erwarten, so sehr sich die Regierungen der Mitgliedsländer auch an diese Vorstellung klammern. Sie reden davon, daß europäische Regelungen stets nur subsidiär gegenüber nationalstaatlichen Regelungen eingeführt werden dürfen. Damit plappern sie und mit ihnen die Medien und viele Bürgerinnen und Bürger unreflektiert etwas nach, was sie nicht durchdacht haben. Sie unterstellen, daß der Nationalstaat das Ordnungskonzept schlechthin darstellt, dem sich alle übrigen unterzuordnen haben. Ob dies legitim ist und eine politische Zukunft hat, ist, gelinde gesagt, höchst fragwürdig. Denn das Konzept des Nationalstaats ist eine Erfindung des 16. Jahrhunderts, das vom 17. bis ins 20. Jahrhundert weiterentwickelt, verfestigt und nicht selten auch ideologisch überhöht wurde – *sub specie aeternitatis* ein Merkmal eines historischen Augenblicks, das im nächsten ebenso der Vergangenheit angehören wird wie andere vor ihm und nach ihm. Schon heute wird dieser Nationalstaat in Europa konzeptionell von einem zunehmenden Regionalismus (ausgeprägt in Großbritannien, Belgien und Spanien), von der zunehmenden Eigenverantwortung transnationaler Organismen (neben der EU insbesondere NATO, aber auch Europarat, UNO, OSZE, Internationaler Gerichtshof und andere), von der faktischen Macht der global orientierten Wirtschaft, von einzelnen Bürgerinnen und Bürgern und nicht zuletzt von der politischen Mitgestaltung der Zivilgesellschaft in Frage gestellt. Übersehen wird auch gern der demokratische Prozeß, der für eine Neuordnung unabdingbar ist. Gerade die Zivilgesellschaft ist zweifellos – noch – die Akteursgruppe, die besonders häufig übersehen, verdrängt oder mehr oder weniger bewußt aus dem Spiel der Kräfte ausgeschlossen wird – mit bisweilen fatalen Folgen. Anders ausgedrückt: Die zunehmende Selbstreferentialität unseres politischen Systems führt unweigerlich zu Konflikten, deren Ausgang aus historischer Sicht vorhersehbar ist. Wenn Aktionen zivilgesellschaftlicher Akteure nur noch danach beurteilt werden, ob sie „friedlich“ (die in dem Wort liegende Verniedlichung ist durchaus nicht unbeabsichtigt) und „gewaltfrei“ sind, und nicht danach, welche Inhalte durch sie transportiert werden, fehlt das für die offene Gesellschaft überlebensnotwendige Element der deliberativen Demokratie vollständig oder ist doch zumindest stark und unzulässig beschränkt. Und wenn von Politik und Medien öffentlicher Protest in Polen, Ungarn, der Türkei oder Ägypten bewundert, dieser aber verächtlich gemacht wird, wenn er in Deutschland auftritt, wird nicht nur mit zweierlei Maß gemessen, sondern auch ein erschreckendes Defizit an Verständnis für politische Prozesse des 21. Jahrhunderts offenbart.

### III.

So gesehen, sind die Voraussetzungen für einen europäischen Rechtsrahmen der Zivilgesellschaft denkbar ungünstig. Nicht nur besteht weitgehend gar keine auch nur ansatzweise konsensfähige und zu Ende gedachte Vorstellung davon, wie der grundlegende Rahmen einer neuen europäischen politischen Ordnung aussehen könnte. Die derzeit potenziell stärksten Beteiligten bei der Gestaltung einer solchen Ordnung, die nationalen Regierungen und Parlamente, haben bisher (übrigens durchaus im Gegensatz zu der oft so negativ beurteilten Europäischen Kommission und zum Europäischen Gerichtshof) ganz überwiegend bisher keine Neigung gezeigt, der Zivilgesellschaft Rahmenbedingungen zu eröffnen, die sie zu einem Handeln über eine zuarbeitende Ergänzungsfunktion hinaus ermutigen. Der Vertrag von Lissabon als derzeitige Grundlage einer europäischen Integration bietet kaum einen Spielraum, der die Aufwertung der europäischen Zivilgesellschaft zu einer gleichberechtigten Arena kollektiven gemeinschaftsorientierten Handelns zulassen würde.

Allerdings hat auch die europäische Zivilgesellschaft selbst bisher über eher basale Forderungen hinaus keine Vorstellung davon, geschweige denn ein schlüssiges Gesamtkonzept dafür entwickelt, welchen Rahmen sie sich eigentlich wünschen würde. Wir müssen darüber hinaus konstatieren, daß es in Europa zwar starke Zivilgesellschaften gibt, daß sie aber in unterschiedlichen Ländern mehr oder weniger stark bedrängt werden – in Ungarn und Polen zur Zeit mehr als anderswo. Es muß daher darauf ankommen, aus der Zivilgesellschaft in Europa eine europäische Zivilgesellschaft zu formen – nicht zuletzt auch deshalb, weil wahrscheinlich nur hier die Konzepte entwickelt und erprobt werden können, die das europäische Projekt insgesamt voranbringen werden.

Aus heutiger Sicht ist nämlich zu bezweifeln, ob der von den Bürgerinnen und Bürgern mit der Gestaltung von Rahmenbedingungen beauftragte Akteur, der Staat, überhaupt befähigt erscheint, einen adäquaten Rahmen zu setzen, und offenkundig auch, welcher Einzelakteur im Verbund der Akteursgruppe Staat, also ob etwa die Europäische Union oder der Nationalstaat dafür zuständig ist, diesen Rahmen zu setzen. Kann also beispielsweise der ungarische Nationalstaat einen Rahmen setzen, der den grundlegenden Prinzipien Europas eklatant widerspricht? Oder, um ein anderes die Zivilgesellschaft unmittelbar betreffendes Beispiel zu nehmen, ist es legitim, wenn die im Europäischen Rat, einem Organ der EU, versammelten nationalen Regierungen, die den freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Finanzströmen und Personen als die vier Prinzipien der Union definiert haben, den freien Verkehr von Spenden, einem konstitutiven Finanzierungselement der Zivilgesellschaft und Ausdruck des Gemeinns, aus Mißtrauen gegenüber dieser Akteursgruppe ausdrücklich ausnehmen?

All dies und der Mangel an konzeptioneller Vorarbeit lassen, so muß man konstatieren, erhebliche Zweifel daran aufkommen, ob wir die für unsere Zukunft entscheidende politische Frage der Gestaltung des europäischen Projekts den Politikern überlassen dürfen. Auch deren Schulterschuß mit der Wirtschaft läßt nicht erwarten, daß die Belange der

Bürgerinnen und Bürger Europas hinreichend gewürdigt werden. Für die Gestaltung der Rahmenbedingungen der Zivilgesellschaft, deren Festlegung nach unserem Demokratieverständnis den Parlamenten und anderen demokratisch legitimierten Organen obliegt, gilt dies ebenso.

#### IV.

Was dies eigentlich bedeutet, haben nationale Parlamente und Regierungen bisher nicht verstanden. Mit „Zuckerbrot und Peitsche“, mit Fördermitteln und hoheitlichen Beschränkungen versuchen sie, die Zivilgesellschaft an sich zu binden. Aus der Entwicklung Europas versuchen sie, die Zivilgesellschaft herauszuhalten. Ein wichtiger Teil der Zivilgesellschaft wird diesbezüglich in besonderer Weise instrumentalisiert: der Sport. Ohne die aufdringliche Vorführung von nationalen Hymnen und Fahnen im Leistungssport stünde die angeblich primäre nationale Identität vielen Menschen lange nicht so deutlich vor Augen wie sie das zur Zeit tut. Regionale und lokale, europäische und andere – nicht zuletzt zivilgesellschaftliche – Loyalitäten könnten sich viel komplikationsloser zu dem Loyalitäts- und Identitätsmix entwickeln, das die Mitglieder moderner Gemeinwesen je einzeln prägen sollte.

Europäische Rahmenbedingungen bekommt die Zivilgesellschaft, so läßt sich daher zusammenfassen, nur dann, wenn sie als europäischer *demos*, als europäisches Volk, auftritt, sich dafür einsetzt und diesen weiterentwickelt. Es gibt diesen europäischen *demos* schon jetzt, trotz starker Interessen, insbesondere der nationalen Regierungen, ihn nicht sichtbar zu machen, aber er muß sich deutlich stärker als bisher solidarisieren und gemeinsam auftreten.

Solange dies nicht geschieht, bleibt wohlgermerkt nicht unbedingt die weitere Entwicklung der europäischen Zivilgesellschaft Stückwerk oder gar unmöglich. Sie bedarf, seit sie sich zuerst im 20. Jahrhundert, aufbauend auf alten Traditionen in ihrer heutigen Form herausgebildet hat, nach allem, was wir über sie wissen, nur sehr eingeschränkt irgendwelcher von anderen gesetzter Rahmenbedingungen, um sich zu entfalten. Solidarnosc, Charta 77 und auch die Bürgerrechtsbewegung in der DDR haben sich schließlich auch gegen den herrschenden Rahmen gebildet und sind zu historischer Größe aufgestiegen. Größere und kleinere Hindernisse, etwa die Beschränkungen für transnationale Spenden, konnte die Zivilgesellschaft – hier durch das Netzwerk Transnational Giving Europe – überwinden. Das Scheitern des Europäischen Stiftungsstatus am Einspruch von acht Mitgliedsregierungen (darunter der deutschen) im Europäischen Rat und das Verschwinden des Entwurfs eines europäischen Vereinsstatuts in den Schubladen sind mißliche Rückschritte; sie können aber den Prozeß nicht wirklich aufhalten.

Alle Zeichen sprechen letztlich dafür, daß das europäische Projekt zwar verzögert, aber nicht aufgehoben werden kann. Ob er aber so gestaltet wird, wie wir uns das vorstellen, liegt an uns, den Bürgerinnen und Bürgern. Wir müssen uns offensiv als europäische Zivilgesellschaft

konstituieren und diese Gestaltung in die Hand nehmen. Das kostet Kraft und auch Ressourcen. Nochmal: Es liegt an der Zivilgesellschaft selbst, sich zu europäisieren. Der Rahmen ist dafür nicht die Voraussetzung; er wird folgen.

**Autor**

*Dr. phil. Rupert Graf Strachwitz ist Vorstand der Maecenata Stiftung, München, und Direktor des Maecenata Instituts für Philanthropie und Zivilgesellschaft, Berlin.*

**Weitere Informationen:** [www.strachwitz.info](http://www.strachwitz.info)

**Kontakt:** [rs@maecenata.eu](mailto:rs@maecenata.eu)

**Redaktion**

**BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland**

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel.: +49 30 62980-114

[europa-bbe@b-b-e.de](mailto:europa-bbe@b-b-e.de)

[www.b-b-e.de](http://www.b-b-e.de)